

UFOs im Norden

In Brunsbüttel und Stade überfliegen unbekannte Drohnen die Industriegebiete. Dort lagern auch radioaktive Abfälle aus den stillgelegten AKW.



Der Elbehafen in Brunsbüttel mit einem schwimmenden LNG-Terminal Foto: Dirk Jacobs/imago

Berichte über nächtliche Drohnenflüge über Industriekomplexen in Stade und Brunsbüttel beunruhigen Anwohner und Umweltschützer. Atomkraftgegner sorgen sich um die dort lagernden radioaktiven Abfälle. „In Niedersachsen sind im Bereich Stade seit Mitte August 2024 gerade in der Nachtzeit verdächtige Feststellungen mit auffälligen Lichtern am Himmel wahrzunehmen, die von Flugobjekten stammen könnten“, sagte die Sprecherin des Landesinnenministeriums, Svenja Mischel, der taz. Eine Verbindung zu mutmaßlichen Drohnenüberflügen über dem schleswig-holsteinischen Brunsbüttel sei nicht auszuschließen. Beide Städte liegen etwa 40 Kilometer Luftlinie auseinander.

Um welche Art von Flugobjekten es sich tatsächlich handelt, wird Mischel zufolge noch ermittelt. Relevante Unternehmen in Stade sowie die Polizei seien bereits „entsprechend sensibilisiert“ worden. Untersucht würden mögliche Verstöße gegen das Luftverkehrsgesetz. Die Staatsanwaltschaft Flensburg ist in der Sache federführend.

„Es gibt auch Kampfdrohnen“

Betroffen von den Überflügen waren in beiden Städten auch die Industrieparks ChemCoast. In Brunsbüttel liegen direkt daneben ein Flüssiggas-Terminal und das stillgelegte Atomkraftwerk, wo in einer Halle – ohne Genehmigung – hoch radioaktive abgebrannte Brennelemente in Castorbehältern lagern.

In Stade ist neben dem abgeschalteten AKW ein Zwischenlager für schwach- und mittelradioaktiven Atommüll in Betrieb. Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg fordert nun rasche Verbesserungen beim Schutz der deutschen Atommüll-Zwischenlager.

Die Sicherung der Anlagen hänge von tatsächlichen Bedrohungsszenarien hinterher, erklärt BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. Der bisher geplante Bau einer 10 Meter hohen Mauer um die Castorhalle in Gorleben herum, die selbst aber 20 Meter hoch sei und eine Deckenstärke von lediglich 20 Zentimeter habe, könne nicht die Antwort auf neue Bedrohungsszenarien sein.

Für die beiden zentralen Zwischenlager in Gorleben und im westfälischen Ahaus bestünden nicht einmal Überflugverbote, weil es keine AKW-Standorte seien. „Es gibt nicht nur Spionagedrohnen, es gibt auch Kampfdrohnen“, betont Ehmke.

Links lesen, Rechts bekämpfen

Der Erfolg der AfD bei den Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen verdeutlicht einmal mehr den seit Jahren zunehmenden Rechtsruck. Mehr als sonst braucht es in Zeiten wie diesen Zusammenhalt und Solidarität. Auch und vor allem mit den Menschen, die sich vor Ort für eine starke Zivilgesellschaft einsetzen. Die taz kooperiert deshalb mit Polylux. Der Verein engagiert sich seit 2018 gegen den Rechtsruck in Ostdeutschland und unterstützt Projekte mit einer antifaschistischen Ausrichtung. Eine offene Gesellschaft braucht guten, frei zugänglichen Journalismus – und zivilgesellschaftliches Engagement. Finden Sie auch? Dann machen Sie mit und unterstützen Sie unsere Aktion. Bis zum 31. Oktober gehen 50 Prozent aller Einnahmen aus den Anmeldungen bei taz zahl ich an das Netzwerk gegen Rechts. In Zeiten wie diesen brauchen alle, die für eine offene Gesellschaft eintreten, unsere Unterstützung. Sind Sie dabei?